

FPÖ Christian Scheider	SPÖ Marie-Luise Mathiaschitz	ÖVP Otto Umlauf	GRÜNE Frank Frey	Team Kärnten Dr. Renate Kanovsky- Wintermann	BÜRGERALLIANZ Albert Gunzer
<p>1. Stellenwert von Architektur und Baukultur</p> <p>Baukultur betrifft uns alle unmittelbar – die Gestaltungs- und Raumqualitäten unserer Umwelt sind ein wesentlicher Faktor unserer Lebensqualität.</p> <p><i>Welchen Stellenwert hat zeitgenössische Architektur und Baukultur im Programm ihrer Partei und durch welche konkreten Maßnahmen und Anreize werden Sie den Stellenwert zeitgemäßer, qualitativ hochwertiger Architektur und Ingenieurskultur in Kärnten stärken?</i></p>	<p>Gebaute Architektur war in der Geschichte immer Ausdruck der jeweiligen Kultur. In einer Zeit knapper Ressourcen ist gute Planung und gute Architektur das Gebot der Stunde. Qualitativ hochwertige Architektur hat ihren Preis im Hinblick auf die Planungskosten, spart aber umso mehr an Kosten über die Lebensdauer des Objektes betrachtet. Bei öffentlichen Aufträgen kann hochwertige Architektur über Architektenwettbewerbe sichergestellt werden.</p>	<p>Von meiner Seite gibt es ein klares Bekenntnis zur zeitgenössischen Architektur und Baukultur, daher wurde im beschlossenen Stadtentwicklungskonzept 2020+ (kurz STEK 2020+) der Einsatz eines Gestaltungsbeirates verankert. Zur Sicherstellung hochwertiger städtebaulicher Konzepte und qualitativer Architektur sollen größere Bauvorhaben künftig von einer unabhängigen Expertengruppe geprüft werden. Das Modell der Ortsbildpflegekommission soll mittelfristig durch einen Gestaltungsbeirat abgelöst werden. Projekte ab einer Größenordnung von mehr als 20 Wohneinheiten und Gewerbeimmobilien ab einer Nutzfläche von 3000 m², sowie Projekte in einem sensiblen Umfeld (z.B. innerhalb von oder angrenzend zu denkmalgeschützten Ensembles) sollen einer Prüfung unterzogen werden. Von dieser Beurteilung ausgenommen werden Projekte, welche über ein Wettbewerbsverfahren (Architektenwettbewerb) entwickelt wurden. Zur Qualitätssicherung wäre die Installierung eines Gestaltungsbeirates, der im Baurecht verankert ist, besonders bei größeren Bauvorhaben ein wichtiges Kriterium.</p>	<p>Als Bürgermeisterkandidat stehe ich für einen seriöseren Umgang mit städtischen Herausforderungen, als es in den vergangenen Jahren der Fall war. Gerade bei der Architektur und Baukultur ist eine kultivierte und professionelle Herangehensweise besonders wichtig, da „Bausünden“ nicht am nächsten Tag beseitigt werden können. Neue Architektur muss zum Stadtbild passen, kann aber auch historische Ensembles durch moderne Elemente unterstreichen. Eine Landeshauptstadt muss sich bewusst sein, dass Architektur eine Anziehungskraft hat und ein Ausdruck des eigenen Selbstverständnisses ist. Eine moderne Stadt sollte bereit sein, hier auch etwas gewagter aufzutreten. Konkret: In der öffentlichen Bauvergabe wollen die ÖVP und ich von Großprojekten Abstand nehmen, bis die Stadtfinanzen saniert sind. Danach soll es für größere Projekte Architektur-Wettbewerbe geben – je kreativer die Vorschläge sind, desto besser. Im Sinne der Nachhaltigkeit soll vor allem auf Qualität und ressourcenschonende Bauweisen Rücksicht genommen werden. In der privaten Bauwirtschaft sollen Bauwerber zumindest insoweit unterstützt werden, dass sie rasch zu ihrem Recht auf eine Baubewilligung kommen und nicht durch übermäßige Einschränkungen an der Entfaltung ihrer Vorstellungen gehindert werden. Ich möchte auf diesem, wie auf vielen anderen Gebieten eine neue Willkommenskultur schaffen.</p>	<p>Im Programm haben wir ein offenes Verständnis für Architektur sowohl im Sinne zeitgenössischer moderner Ansätze als auch beim Ensembleschutz. Masterpläne für die räumliche Entwicklung von Gebieten und in der Folge Stärkung des Wettbewerbswesens für eine attraktive Architektur auf diesen Flächen sind zu entwickeln; dies sollte nicht nur im öffentlichen Bereich gelten, sondern für gewisse Gebiete über den Bebauungsplan von der Stadt definiert werden. Ansätze für die Förderung von Wettbewerben und ein stärkeres Bewusstsein für Baukultur sind über die Wohnbauförderung, mit der Festlegung von verpflichtend durchzuführenden Architekturwettbewerben, der Einführung eines Gestaltungsbeirates mit FachexpertInnen sowie einer qualitätsvollen Beratungsstelle für Baufragen (inkl. verständlicher Basismaterialien für Neubau, Sanierung, etc.) – siehe NÖ) zu setzen. Parallel dazu muss eine Stadt wie Klagenfurt auch selbst neue qualitätsvolle Wohnprojekte initiieren: Ausschreibung von Ideenwettbewerbe für autofreie/ökologische/energieeffiziente Pilotwohnbauten; Modelle für verdichtete Wohnformen zwischen Einfamilienhaus und Geschoßwohnbau.</p>	<p>Öffentliche Ausschreibungen der Planungsleistungen – auch International</p> <p>Bauträgerwettbewerbe</p> <p>Festlegung ökologischer Parameter u.a.</p> <p>Die Architektur und Baukultur hat für uns von der Bürgerallianz einen sehr hohen Stellenwert, denn zeitgenössische Architektur und Baukultur ist eine Visitenkarte unserer Stadt, ganz abgesehen von der Berücksichtigung der Wohn- und Lebensansprüche der Bevölkerung. Darüber hinaus ist auch die richtige Planung im Energiebereich, ganz besonders der Einsatz von erneuerbarer Energie wichtig. Wir von der Bürgerallianz legen größten Wert auf die Einbindung unserer Architekten und Ziviltechniker bei allen öffentlichen Bauprojekten in Klagenfurt, sowie Empfehlung der Politik an die Bürger, sich ebenfalls beim privaten Wohnbau sich Architekten zu bedienen.</p>

FPÖ Christian Scheider	SPÖ Marie-Luise Mathiaschitz	ÖVP Otto Umlauf	GRÜNE Frank Frey	Team Kärnten Dr. Renate Kanovsky- Wintermann	BÜRGERALLIANZ Albert Gunzer	
<p>2. Zukunftsorient. Qualitätsanspruch</p> <p>Um den sich ändernden gesellschaftlichen Ansprüchen an die gebaute Umwelt gerecht zu werden, braucht es Innovation. Nachhaltige Baukultur muss ökologische, ökonomische und soziokulturelle Kriterien zu einer neuen ganzheitlichen Perspektive verknüpfen. Baukultur ist keine Frage des Geldes, sondern eines zukunftsorientierten Qualitätsanspruchs, der z.B. durch Architekturwettbewerbe als Innovationswerkzeug geschaffen werden kann.</p> <p><i>Haben Sie vor, durch Investitionsprogramme innovative und qualitätsorientierte Architektur/Planungskultur nachhaltig zu fördern? Wenn ja, wie sehen diese konkret aus?</i></p>	<p>Ökologische, ökonomische und soziokulturelle Aspekte sind bei jeder politischen Entscheidung mit zu berücksichtigen. Deshalb ist es für mich unabdingbar, dass diese ganzheitliche Beurteilung auch bei Architektenwettbewerbe Platz greifen muss. Im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergaben werden wir daher, wie bisher, an dieser ganzheitlichen Betrachtung festhalten.</p>	<p>Der eingeschlagene Weg des Architektenwettbewerbs bei städtischen Wohnbauvorhaben und Infrastrukturprojekten bzw. Großbauvorhaben soll weiter konsequent verfolgt werden. In der Vergangenheit wurde der Verkauf von städtischen Liegenschaften mit der Durchführung von Architekturwettbewerben verknüpft – z.B.: Wohnbau Keltensstraße, ehemaliger AKS-Platz, Am Mühlgang, Einigkeitsstraße). Auch Ideenwettbewerbe gemeinsam mit der jungen Kreativwirtschaftsszene Klagenfurts sollten forciert werden.</p>	<p>Es wäre denkbar, einen Innovationspreis der Stadt zu schaffen, der jährlich besonders gelungene Projekte auszeichnet und bei entsprechend hoher Dotierung einen Anreiz für innovativere Architektur in Klagenfurt bietet. Die Punkte, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ortsbild und soziokulturelle Nutzbarkeit wären mir dabei besonders wichtig. Um so einen Preis langfristig finanzieren zu können, muss zuerst das Stadtbudget saniert werden.</p>	<p>Wenn Ressourcen knapp werden, ist für uns die Verantwortung umso größer, dass alles, was neu errichtet wird, auch wirklich die beste Lösung für die Bevölkerung ist!</p> <p>Die Frage sind weniger Investitionsprogramme, als den rechtlichen Rahmen für qualitative Architektur innerhalb des Kompetenzbereiches der Stadt zu setzen. Dazu gibt es die Möglichkeit, in der Bewusstseinsbildung Akzente zu setzen und sich schließlich auf Landes- und Bundesebene für Änderungen in diese Richtung einzusetzen (Bauordnung, etc.). Konkret können wir uns auch Studien vorstellen, die sich mit Leerständen in der Stadt auseinandersetzen - oder mit Nachverdichtung im Bereich des Zentrums, oder mit der Entwicklung von bisher zu wenig berücksichtigten Stadtteilen (z.B. Lendkanal).</p> <p>Der Leerstand in der Innenstadt aber auch aufgrund schlecht ausgestatteter Wohnungen in Zentrumsnähe und in einzelnen Stadtteilen ist ein großes Thema. Wir denken darüber nach, wie die Innenstadt auch als attraktiver Wohnraum aufgewertet werden kann. Die Vergabe von Wohnbauten soll ausschließlich über Wettbewerbe erfolgen, zu denen neben Architekten auch Landschaftsarchitekten und Soziologen eingeladen werden. Es muss eine Idee für Stadtentwicklung geben, die sich nicht auf die Aneinanderreihung und Stapelung von Wohnungen beschränkt!</p> <p>Wichtig wird aber auch ein Handwerk sein, dass es erlaubt, stadtplanerische Vorgaben bei den Bauträgern durchzusetzen. In Innsbruck hat man das z.B. die Umsetzung von Auflagen und architektonischen Ansprüchen über eine Grundbucheintragung gewährleistet.</p>	<p>Derzeit sind nach meinen Informationen vordringlich Klagenfurter und Kärntener Architektur und Zivilingenieurbüros bei Aufträgen eingebunden</p> <p>Zusammenführung unterschiedlicher Planungsinstrumente: Stadtentwicklung, Landschaftsarchitektur, Verkehrskonzepte (inkludiert in eine Ausschreibung)</p>	<p>Im wesentlichen wurde bereits die Frage mit der Frage eins beantwortet. Selbstverständlich sollte im Stadtbudget ein Betrag zur Förderung von innovativen und qualitätsorientierter Architektur aufgenommen werden. Dazu lade ich die Kammer für Ziviltechniker zu einem Fachgespräch ein.</p>

FPÖ Christian Scheider	SPÖ Marie-Luise Mathiaschitz	ÖVP Otto Umlauf	GRÜNE Frank Frey	Team Kärnten Dr. Renate Kanovsky- Wintermann	BÜRGERALLIANZ Albert Gunzer
----------------------------------	--	---------------------------	----------------------------	---	---------------------------------------

<p>3. Raumordnung / Raumplanung</p> <p>Der Traum vom geförderten Einfamilienhaus im Grünen zerstört die Landschaft, beschert uns alle hohe Infrastrukturkosten, höheres Verkehrsaufkommen und CO2 Ausstoß sowie eine Verödung der Zentren. Um die derzeit gültigen Klimaschutzziele zu erreichen und die Folgekosten der heimischen Siedlungsentwicklung zu minimieren ist die Politik gefordert, auch der Raumplanung mehr Aufmerksamkeit zu widmen.</p> <p><i>Welche konkreten Maßnahmen würden Sie für Projekte festlegen, um die permanent steigenden Infrastrukturkosten der Gemeinden zu senken? Sollen künftig Förderungen an raumplanerische Ziele (Zentrenstärkung, Wertschöpfungsausgleich bei Widmungsgewinnen, Schutz der Landschaftsressourcen, Wettbewerbe bei Wohnbauten und Bauten innerhalb des Rings) gekoppelt werden? Wenn ja, wie würde diese konkret aussehen?</i></p>	<p>Klagenfurt hat mit dem Beschluss des Stadtentwicklungskonzeptes 2020+ eine wichtige Grundlage für eine ressourcensparende, ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung geschaffen. Im Vergleich zum ländlichen Raum werden Widmungen ausschließlich im Bereich bestehender Siedlungsansätze ausgesprochen, wobei die Verdichtung nach innen höchste Priorität hat. Die Landeshauptstadt Klagenfurt hat bereits mit einer Novelle der Stellplatzrichtlinie reagiert (Anreize für Standorte, die mit öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen sind), ich stehe aber auch einer Reform der Wohnbauförderung, die eine Umschichtung von Fördermittel weg vom Einfamilienhausbau hin zum leistbaren, ökologisch und sozial verträglichen Wohnungsbau vorsieht, positiv gegenüber.</p>	<p>Mittels einer restriktiven Raumplanungspolitik soll eine maßvolle Verdichtung nach innen sowie eine Auslastung der vorhandenen Infrastruktur umgesetzt werden. Bei der Förderung von raumplanerischen Zielen ist anzumerken, dass vonseiten der Stadt Klagenfurt seit langem Altstadtsanierungen unterstützt werden (gefördert werden jene Bereiche des Gebäudes, welche öffentlich einsehbar sind: Fassade, Fenstertausch). Im Sinne der Innenstadtverdichtung ist dabei anzudenken, dass auch eine finanzielle Unterstützung für Lifterschließungen gewährleistet werden könnte. In anderen Städten ist dies bereits üblich. Seit mehreren Jahren wird in Klagenfurt auch die Praxis der Vertragsraumordnung ab einer Größenordnung von etwa 5000 m² gelebt. Hintergrund ist die Sicherstellung einer widmungsgemäßen Bebauung.</p>	<p>Eine geordnete Raumplanung ist ein wichtiger Punkt im Programm der Klagenfurter Volkspartei. In sehr vielen Gebieten unserer Stadt sind, das Bauland betreffend, bereits die Grenzen des Wachstums erreicht. Bauten auf der „grünen Wiese“ müssen minimiert werden, Naturräume müssen erhalten bleiben. Hier ist eine sehr sensible Vorgehensweise nötig. Der innerstädtische Wohnbau ist unbedingt zu fördern, muss aber immer vernetzt mit Straßenverkehr, Öffentlichem Verkehr, Parkraum und der ansässigen Betriebe gesehen werden. Die Schaffung von neuen Verkaufsflächen ist hinten zu halten, bis das innerstädtische Problem der Leerstände wieder in den Griff bekommen wird. Es darf diesbezüglich aber nicht kategorisch alles abgelehnt werden, da vereinzelte „Frequenzbringer“ durchaus Sinn machen können. Wohnbauwettbewerbe in der Innenstadt und im innenstadtnahen Bereich kann ich mir gut vorstellen.</p>	<p>Wohnbauförderungen soll es in erster Linie in aufgeschlossenen zentralen Lagen für den sozialen Wohnbau geben. Zusätzlich sollten aber auch Wohnbauförderungsmittel mit Anreizförderungen für die Planung von innovativen Wohnformen - von der Sanierung historischer Bausubstanz bis zu spezifischen neuen Wohnformen für die verschiedensten Zielgruppen - , aber auch Pilotwohnbauten (verdichtetes Wohnen zwischen EFH und Geschoßwohnbau in den einzelnen Stadtteilen, Modelle mit neuen Ansätzen bei der Verkehrserschließung, Energieversorgung, Freiräume, etc.) ergänzt werden. Es kann nicht sein, dass die gesamte Bevölkerung für den Luxus eines Einfamilienhauses an der Peripherie der Stadt aufkommen muss. Wohnbauförderung liegt allerdings in der Landeskompetenz. Deshalb muss die Raumplanung unabhängig von Förderungen neue Maßstäbe setzen, das derzeit erst jüngst beschlossene Stadtentwicklungskonzept schreibt leider nur die bisherige Entwicklung fort, ohne neue Impulse zu setzen. (Beispiel Siedlungsentwicklung an der Bahnkreuzung Südbahn – neue HL-Strecke im Südosten Kft) Abgleichen, wenn redundant: Wir setzen uns insbesondere dafür ein, vorhandene, aber ungenutzte Flächen, die gut aufgeschlossen sind, zu verdichten - anstelle von Neuwidmungen am Stadtrand. Dabei muss auch die derzeitige Dichte in einzelnen Wohngebieten der vorhandenen Baustruktur angepasst werden – in beide Richtungen. Um die Infrastrukturkosten zu senken bedarf es im Wesentlichen dreier Maßnahmen: Verdichtung und Konzentration der Bebauung, gleichzeitig Verursachergerechte Infrastrukturkosten (wer weit draußen baut, sollte höheren Eigenbetrag haben), für den sozialen Wohnbau müssen auch die Betriebskosten so gesenkt werden (inkl. sozialer Staffelung), dass das Wohnen sozial bleibt. Die Mieten sind nach oben hin begrenzt, die Betriebskosten nicht.</p>	<p>Keine Zerstörung von Agrarflächen im urbanen Großraum</p> <p>Zusammenführung von Flächenwidmungsplan, Stadtentwicklungs- und Verkehrskonzept</p> <p>Siedlungsentwicklung auf Hügel und auf Sonnenseiten ist zu fördern</p> <p>Künftige Förderungen sollen teilweise an raumplanerische Ziele geknüpft werden aber es soll auch der Kreativität noch freien Raum gelassen werden.</p> <p>Höhere Baudichte in manchen Regionen</p>	<p>Durch gezielte Förderungen bei Sanierungen, Revitalisierungen von Wohn- und Geschäftsgebäuden, sollte die Innenstadt auch für ihre Bewohner wieder attraktiv (günstiges Wohnen) gemacht werden, da auch die vorhandene Infrastruktur besser genutzt werden kann. Wir sind ganz klar für die Einhebung einer Widmungsabgabe bei Widmungen in der Peripherie als Kostenbeitrag bei der Schaffung von Infrastruktur.</p>
---	---	---	--	---	---	---

FPÖ Christian Scheider	SPÖ Marie-Luise Mathiaschitz	ÖVP Otto Umlauf	GRÜNE Frank Frey	Team Kärnten Dr. Renate Kanovsky- Wintermann	BÜRGERALLIANZ Albert Gunzer	
<p>4. PPP Projekte</p> <p>In Zeiten immer knapper werdender Finanzmittel drängt sich einer Stadt wie Klagenfurt die Frage auf, wie künftig öffentliche Infrastruktureinrichtungen und kommunale Bauten – also Strassen, Kanal, Kindergärten, Schulen, Verwaltungsgebäude und dgl. – finanziert werden können. PPP-Projekte umgehen sowohl die Vergaberichtlinien als auch die Schuldenbremse, zeigen sich aber im Nachhinein als wesentlich höhere finanzielle Belastung für den/die steuerzahlenden BürgerInnen – Gewinner sind private UnternehmerInnen.</p> <p><i>Welchen Standpunkt nehmen Sie als PolitikerIn für das Gemeinwohl zu diesen Finanzierungsmodell ein?</i></p>	<p>PPP-Modelle sollten nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie tatsächlich auch auf lange Sicht win-win Situation für alle schaffen. Es ist nicht ratsam, PPP-Modell nur zu verfolgen, um kurzfristige Finanzierungsengpässe zu überwinden. Bedarfsorientierte Planung und Bündelung von Ressourcen helfen in einem weit größeren Ausmaß, knappe Budgetmittel gut einzusetzen.</p>	<p>Grundsätzlich sollte die öffentliche Infrastruktur in der öffentlichen Hand bleiben. Nur so kann eine gesicherte Versorgung für die Bevölkerung gewährleistet werden. PPP-Modelle sind für die öffentliche Infrastruktur (soziale Einrichtungen, technische Infrastruktur) dann ungeeignet, wenn ausschließlich die Gewinnmaximierung zugunsten eines privaten Investors im Vordergrund steht.</p>	<p>Ich stehe PPP-Modellen prinzipiell nicht negativ gegenüber. In den kommunalen Bereichen der Daseinsvorsorge – und dazu gehören Kindergärten, Schulen und die städtische Infrastruktur (z.B. Wasser, Mull, Kanal) – haben sie allerdings nichts verloren. Bei Projekten wie einem Indoor-Spielplatz, innenstadtnahe Parkgaragen sollte man sehr wohl PPPModelle prüfen. Der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger muss aber immer im Zentrum stehen und vertraglich abgesichert werden.</p>	<p>Es muss weiterhin die öffentliche Aufgabe sein, die technische und soziale Infrastruktur bereitzustellen. Dies wird sicherlich nur mit Innovationen und neuen Modellen gehen, für die eine Stadt über den Tellerrand hinausschauen muss und sich andere Städte zum Vorbild macht.</p>	<p>Unter bestimmten Voraussetzungen PPP ja, Ausschreibung und Vorgabe von Parametern</p>	<p>Wir stehen solchen Modellen sehr kritisch gegenüber, da kommunale Bauten kostendeckend, aber nicht gewinnbringend betrieben werden müssen. Bei jeder privaten Beteiligung steht nämlich die Gewinnoptimierung im Vordergrund</p>
<p>5. Frei- und Grünräume</p> <p>Eine bauliche Verdichtung im Siedlungsraum wird aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen seit Jahren forciert. Sie führt aber auch zu einem erhöhten Bedarf an qualitativ hochwertigen Frei- und Grünräumen vor allem auch im direkten Wohnumfeld. Durch Auflagen im Rahmen von Bauverfahren und Investitionen in die öffentlichen Frei- und Grünräume kann eine Qualitätssicherung erfolgen.</p> <p><i>Welche Priorität hat für Sie die Planung, Ausführung, Erhaltung und Sanierung städtischer Frei- und Grünräume zur Sicherung der Lebensqualität?</i></p>	<p>Die hohe Lebensqualität in der Landeshauptstadt Klagenfurt liegt auch in der hervorragenden Ausstattung mit städtischen Grün- und Freiräumen begründet. Die Parks, Spielplätze und Erholungsinfrastruktur, die Stadt zur Verfügung stellt, sind von höchster Qualität. Leider müssen wir aber auch beobachten, dass im Wohnungsbau nur die gesetzlichen Mindeststandards an Ausstattung mit wohnungsnahen Freiflächen angeboten wird und in weiterer Folge auf Grund von Nachbarschaftsstreitereien auch dies noch aus der Anlage verbannt werden. Hier wäre ein Nachschärfen der Bauordnung im Sinne höherer Standards im wohnungsnahen Freiflächenangebot sinnvoll.</p>	<p>Im STEK 2020+ ist der Ausbau des „Grünen Netzes“ ein wichtiger Schwerpunkt. Als Stadtplanungsreferentin stehe für mich die Grünraumplanung vor der Stadterweiterung, da Frei- und Grünräume wesentliche Bestandteile einer hohen Lebensqualität für die Bevölkerung sind. So gibt es im STEK 2020+ Schwerpunkte zur Schaffung von Freizeitparks, Urban Gardening, Kinderspielplätzen und von Verkehrswegen mit Aufenthaltsqualitäten durch entsprechende Grünausstattung.</p>	<p>Die Sicherung und Steigerung der Lebensqualität in Klagenfurt ist eine unserer Hauptforderungen. Es müssen aber nicht nur die Frei- und Grünräume gesichert werden, sondern auch der historische Charakter der unterschiedlichen Stadtteile Klagenfurts. Diese Bereiche sind bei der baulichen Verdichtung zu berücksichtigen, nach Möglichkeit zu restaurieren bzw. an die neuen Gegebenheiten anzupassen – wo immer es finanziell und rechtlich möglich ist.</p>	<p>Für uns hat die Erhaltung, Planung und Sanierung von Freiraum und Erholungsflächen oberste Priorität. Für den Wohnbau darf es nicht nur um die maximale Ausnutzung eines Grundstückes für die Bebauung gehen, sondern es muss auch Detailplanungen für die Grünräume geben. Auch die Tendenz, Spiel- und Grünräume von Wohnbauten in den öffentlichen Raum zu „verlegen“ sowie im Geschoßwohnbau die Grünflächen nur den Erdgeschoßwohnungen zuzuweisen müssen gestoppt werden. Schließlich sollte gerade in verdichteten Räumen urban gardening/„gemeinsames Garteln“ forciert werden. Unser Prinzip ist es auch, den öffentlichen Raum mehr dem nichtmotorisierten Verkehr zu widmen und ihn dadurch dem Privatauto zu entziehen, ihn flexibel für verschiedene Nutzungen/Funktionen (spielen, erholen, rasten, feiern, etc.) zu gestalten.</p>	<p>Zentraler und wichtiger Punkt In städtischen Frei- und Grünräumen sammeln sich Menschen jeder Altersgruppe, Kommunikationstreffpunkt</p> <p>Natürliche Begegnungszonen sollen unbedingt erhalten und ausgebaut werden Dadurch wird Luftgütequalität erhöht und Feinstaub gesenkt Vorstellbar: neue Grünanlage im Bereich Messe – Messerverlagerung an den Stadtrand, Heiligengeistplatz statt „Sammelstelle von Bussen“</p>	<p>entsprechende Frei und Grünräume erhöhen die Lebensqualität, allerdings ist dabei auch der Kostenfaktor zu berücksichtigen.</p>

FPÖ Christian Scheider	SPÖ Marie-Luise Mathiaschitz	ÖVP Otto Umlauf	GRÜNE Frank Frey	Team Kärnten Dr. Renate Kanovsky- Wintermann	BÜRGERALLIANZ Albert Gunzer	
<p>6. Bestbieterprinzip bei der Vergabe von Planungsaufträgen</p> <p>Qualität in Architektur und Baukultur setzen faire Spielregeln bei der Vergabe und auskömmliche Honorare voraus. Aus diesem Grund fordern wir Qualitätswettbewerbe und Bestbieterprinzip für die Vergabe von Planungsleistungen auf Basis von Honorarvereinbarungen, die dem Aufwand der Leistung gerecht werden. Erfahrungen haben gezeigt, dass die Honorierung von Leistungen, bei denen allgemeine Interessen der Gesellschaft, wie Sicherheit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen, nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien allein erfolgen kann, da dabei die notwendige Qualität und Unabhängigkeit gefährdet sind. Die ZT Kammer spricht sich deshalb für die Wiedereinführung von verbindlichen Regelungen für Ingenieur- und Architektenleistungen nach dem Vorbild Deutschlands aus.</p> <p><i>Wie stehen Sie zur verbindlichen Einhaltung des Bestbieterprinzips und zu gesetzlichen Honorarregelungen für Planungsleistungen? Unterstützen Sie den Abschluss von diesbezüglichen Vereinbarungen zwischen den Berufsvertretungen und der Stadt Klagenfurt?</i></p>	<p>Es gibt genaue Vorgaben, wie bei öffentlichen Auftragsvergaben vorzugehen ist. Die städtischen Abteilungen sind verpflichtet, diese gesetzlichen Regeln einzuhalten. Meines Wissens bestehen die Probleme im Zusammenhang mit Honoraren vor allem bei privaten Auftraggebern. Im Sinne des Bekenntnisses zu einer qualitätsvollen und nachhaltigen Architektur sollten daher Spielregeln, die das Bestbieterprinzip fördern, vereinbart werden.</p>	<p>Das Bestbieterprinzip ist wesentlich für die Qualitätssicherung. Im Vordergrund sollte die absolute Einhaltung des Leistungsvolumens stehen, hierfür muss es auch ein entsprechendes Honorar für hochqualitative Arbeit geben. Es muss faire Preisgelder bei Wettbewerben und Honorare für Konsulentenverträge geben.</p>	<p>Qualität, Sicherheit, Ökologie und Nachhaltigkeit sind wichtig. Eine gute Planung setzt eine intensive Auseinandersetzung mit all diesen Bereichen voraus. Das Billigstbieterprinzip gefährdet nicht nur in diesem Bereich die Qualität. Leistung muss uns etwas wert sein – nur mit einem Bestbieterprinzip bei dem umfassend alle wichtigen Faktoren berücksichtigt werden, geben die Sicherheit, auch das Beste für die Stadt getan zu haben. Die ÖVP und ich unterstützen daher einen Abschluss zwischen der Berufsvertretung und der Stadt, für eine verbindliche Einhaltung des Bestbieterprinzips.</p>	<p>Aus unserer Sicht sollte der Bestbieter den Zuschlag bekommen, allerdings sollten die Planungskosten tarifmäßig klar geregelt sein. Dies erleichtert auch die Transparenz. Da der Einflussbereich der Stadt nur bei öffentlichen Bauten und jenen Wohnbauten gegeben ist, die sie selbst betreiben würden, sind natürlich alle privaten Bauträger nicht beeinflussbar. Man könnte allerdings für gewisse Bereiche Wettbewerbe vorschreiben und dazu auch im privaten Bereich Förderanreize für die Inanspruchnahme von ArchitektInnenleistungen setzen.</p>	<p>Bestbieterprinzip ist im Bundesvergabegesetz geregelt</p> <p>EU-Konformität muss gegeben sein</p> <p>Vorstellbar: Schweizermodell</p>	<p>Bestbieterprinzip bei der Vergabe von Planungsaufträgen durch die LH Stadt sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Aufträge sind in der Stadt zu halten und nicht an Billiganbietern vor allem aus dem Ausland zu vergeben.</p>

Eine Veranstaltung der Kammer für ZiviltechnikerInnen für Steiermark und Kärnten in Kooperation mit dem Architektur Haus Kärnten und der Plattform Baukultur.

Politische Diskussionsrunde am 29.01.2015 um 19.00 Uhr im Architektur Haus Kärnten

